

18.40

Abgeordneter Josef Muchitsch (SPÖ): Sehr geschätzter Herr Präsident! Sehr geschätzter Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden heute noch hören, dass das, was heute zur Beschlussfassung vorliegt, zu scharf ist, und wir haben jetzt gehört, dass es der FPÖ zu wenig scharf ist. Die FPÖ glaubt, diese Gesetzesänderung wird nicht jenen Nutzen bringen, den sie sich erwartet. Wir werden heute vom Kollegen Loacker wahrscheinlich auch noch hören, dass er dieses neue Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz als viel zu scharf empfindet, weil es den österreichischen Arbeitsmarkt abschottet.

Ich sage Ihnen, wir stehen heute vor der Situation – und das ist ja nichts Neues –: Wenn die Wirtschaft in Europa schwächelt, wenn die Wirtschaft in Europa nicht wächst, dann sind wir vor allem in Österreich mit einem schärferen Wettbewerb konfrontiert. Die Folgen sind Ihnen bekannt: Unterentlohnung, Lohn- und Sozialdumping. Gerade diese Gesetzesvorlage schöpft alle Möglichkeiten aus, die EU-Verträglichkeit EU-konform bis an die Grenzen der Rechtskonformität entsprechend auszunützen. Das beschließen wir heute.

Wenn es darum geht, das auch in der Praxis umzusetzen, dann wird dieses Gesetz eindeutig regeln, dass alle Arbeitnehmer in Österreich für die erbrachte Arbeitsleistung jenes Entgelt erhalten, das in dem zuständigen Kollektivvertrag festgelegt ist. Es wird auch die Vollziehung von grenzüberschreitenden Entsendungen und die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping in diesem Zusammenhang eindeutig verbessern.

Ich darf auch korrigieren: Im Jahr 2015 waren es 133 680 Entsendungen. Gerade deshalb ist für dieses Gesetz auch die Zusammenarbeit aller Kontrollbehörden sehr wichtig.

Sie haben recht, Frau Kollegin Belakowitsch-Jenewein, gerade im Bereich Bau müssen wir den Fokus wesentlich stärker in Richtung Lohn- und Sozialdumping lenken, das wesentlich stärker ins Visier nehmen. Wir wissen, dass jede vierte Firma aus dem Ausland im Baubereich Unterentlohnung betreibt. Aus diesem Grund sind gerade die Kontrollorgane der Bauarbeiter-Urlaubs- und -Abfertigungskasse schwerpunktmäßig auf diese Firmen abgestellt und nicht auf die österreichischen Firmen, denn dort haben wir bei der Unterentlohnung eine Trefferquote von unter 1 Prozent und nicht eine von 25 Prozent wie bei den ausländischen Firmen. Ich denke, dort müssen die Kontrollbehörden in allen Bereichen stärker ansetzen. *(Abg. Peter **Wurm**: Hoffentlich machen sie das!)* – Das machen wir schon, Herr Kollege Wurm!

Mit diesem Gesetz, meine sehr geehrten Damen und Herren, wollen wir im Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping nicht nur die Schrauben noch schärfer andrehen, sondern wir wollen auch neue Instrumente schaffen. Es ist leider von der FPÖ nicht erwähnt worden, dass wir mit diesem Gesetz im Baubereich eine Auftraggeberhaftung beschließen, die dafür sorgen wird, dass alle österreichischen Auftraggeber, privat oder öffentlich, dafür haften, wenn sie ausländische Unternehmen beauftragen und diese nicht die richtigen Löhne zahlen und nicht die richtigen Beiträge abliefern. Genau das ist das Instrument, um die österreichischen Auftraggeber ganz klar aufzufordern. Bitte, schreibt das in alle Stammbücher der österreichischen Auftraggeber, ob privat oder öffentlich! Wenn ein österreichischer Auftraggeber eine österreichische Firma beauftragt – keine Haftung; wenn eine österreichische Firma eine ausländische Firma beauftragt – volle Haftung!

Ich denke, dass das sehr mutig ist, ich denke, dass das ein richtiger Ansatz für einen fairen Wettbewerb und ein wichtiger weiterer Schritt in Richtung Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping und für einen fairen Wettbewerb ist.

Abschließend mein Appell an alle österreichischen Auftraggeber: Vielleicht können wir doch alle miteinander ein bisschen patriotischer denken und sagen, das Geld, das wir in diesem Land alle miteinander gemeinsam erwirtschaften, wollen wir auch wieder österreichischen Firmen zur Verfügung stellen, indem wir ihnen die Aufträge erteilen!

Ich bedanke mich abschließend bei den Bau-Sozialpartnern, ich weiß, es war keine leichte Entscheidung, da mitzugehen. Ich bedanke mich bei den Experten im Sozialministerium, die diesen politischen Willen auch in dieses Gesetz gegossen haben, und letztendlich auch bei allen politischen Parteien, die heute diesem Gesetz zustimmen werden, bei der Österreichischen Volkspartei, bei den Grünen und natürlich bei meiner SPÖ. – Vielen Dank. *(Beifall bei SPÖ, ÖVP und Grünen.)*

18.44

Präsident Karlheinz Kopf: Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Mag. Schatz. – Bitte.